

genossenschaftlichen Finanzinstitutionen, die eng miteinander kooperierten. Durch die Entwicklung von ländlichen und städtischen Arbeitsmärkten sollte weiterhin der Transfer der überschüssigen ländlichen Arbeitskräfte in andere Bereiche in geordneter Weise erfolgen.

Der dritte Teil seiner Rede behandelt die notwendige Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung. Die Anpassung der landwirtschaftlichen Produktionsstrukturen, die Optimierung der Ressourcen und die Betonung der marktgerechten Produktion, die durch einen hohen Output, hohe Qualität und hohe Effizienz gekennzeichnet ist; dies seien wichtige Voraussetzungen für die landwirtschaftliche Entwicklung und stellten strategische Veränderungen der Leitprinzipien zur Arbeit in den ländlichen Gebieten dar. Sowohl an der Vorgabe einer stabilen Entwicklung der Getreideproduktion als auch an der Steigerung der bäuerlichen Einkommen dürfe nicht gerüttelt und beide Aspekte müssten miteinander verbunden werden.

Von entscheidender Bedeutung für die Beschleunigung der landwirtschaftlichen Entwicklung sei die verbreitete Anwendung moderner Technologien und wissenschaftlicher Methoden. Voraussetzung sei auch die stärkere Förderung der schulischen Bildung, mit Schwerpunkt auf der Durchsetzung der neunjährigen Schulzeit, sowie die berufliche Ausbildung von landwirtschaftlichen Fachkräften. Besonders betonte Jiang Zemin die Verbesserung der landwirtschaftlichen Infrastruktur und die Erhöhung der Investitionen in die Landwirtschaft. Dabei zitierte er Deng Xiaoping, der eine Erhöhung der Investitionen für die Landwirtschaft zur Stimulierung der bäuerlichen Eigeninitiative gefordert hatte. Dies sollte ein Grundsatz in der ländlichen Arbeit der Partei sein. Allerdings hätten einige Lokalregierungen die landwirtschaftlichen Investitionen nicht erhöht, sondern die Mittel für andere Zwecke verwendet oder gar in unproduktive Bereiche investiert; diese Praxis müsse strengstens unterbunden werden.

Im vierten Teil seiner Rede geht Jiang Zemin auf die Probleme der Basis-Parteiorganisationen ein. Zwar sei an der Mehrzahl der Basiskader nichts auszusetzen, doch einige Parteiorgani-

sationen in den ländlichen Gebieten seien inkompetent, faul oder bewegungsunfähig. In einigen Gebieten würde mehr von den Bauern verlangt, als ihnen gegeben würde, und die Beziehungen zwischen den Parteifunktionären und den Bauern seien gespannt.

Die ZK-Konferenz macht deutlich, daß Partei und Regierung die vielfältigen Probleme der Landwirtschaft und ländlichen Entwicklung stärker als bisher in den Mittelpunkt ihrer wirtschaftspolitischen Anstrengungen stellen wollen. Wie die Erfahrungen mit der immer noch bestehenden Praxis der willkürlichen Erhebung von Abgaben und Gebühren durch lokale Regierungen gezeigt hat, ist die Durchsetzung zentraler Vorstellungen sehr schwierig geworden. So hatten der Staatsrat und das ZK beispielsweise seit Februar 1990 dringende Rundschreiben an die Lokalregierungen versandt, Telefonkonferenzen veranstaltet und Bestimmungen erlassen, um Richtlinien für die Erhebung von Gebühren und Abgaben festzulegen. (RMRB, 10.10.93; Xinhua News Agency, Domestic Service, Beijing, in Chinese, 10.10.93, in SWB, 25.10.93) Obwohl inzwischen einige Erfolge gemeldet werden, gibt ein Kommentar in der *Renmin Ribao* vom 10.10.93 (S. 2) zu, daß diese nicht überbewertet werden dürften und daß bei einigen Lokalregierungen das Verständnis für die Notwendigkeit der zentralstaatlichen Anweisungen fehlen würde. -schü-

---

## Taiwan

---

\*(39)

### 23 Staaten befürworten Taiwans Rückkehr in die UNO

Auf der 48. UN-Vollversammlung vom 27. September bis 13. Oktober 1993 in New York haben Vertreter von 23 Mitgliedstaaten in ihrer Rede direkt oder indirekt die Rückkehr Taiwans in die Weltorganisation befürwortet. (LHB, 15.10.93; ZYRB, 16.10.93) Es sind: El Salvador, Nicaragua, Swasiland, St. Christopher und Nevis, Panama, Guatemala, Singapur, Costa Rica, die Zentralafrikanische Republik, Dominika, Haiti, St. Lucia, die

Dominikanische Republik, Guinea-Bissau, St. Vincent und die Grenadinen, Grenada, Malawi, Salomonen, Elfenbeinküste, Niger, Paraguay, Uruguay und Bahama, wobei Singapur, die Elfenbeinküste und Uruguay keine diplomatischen Beziehungen mit Taiwan haben. Andererseits haben auch Honduras, Belize, Lesotho und Liberia, die diplomatische Beziehungen zu Taiwan unterhalten, nicht für Taiwan plädiert. Besonders bemerkenswert ist, daß gerade Honduras und Belize am 6. August mit fünf anderen mittelamerikanischen Staaten (El Salvador, Guatemala, Nicaragua, Costa Rica und Panama) in einem Schreiben an UN-Generalsekretär Butros Ghali gefordert hatten, die Frage der Wiederaufnahme der Republik China in Taiwan in die Weltorganisation auf die Tagesordnung der Vollversammlung zu bringen. (C.a., August 1993, Ü 36) Allerdings war der Antrag vom Generalauschuß der UNO nicht angenommen worden. (C.a., September 1993, Ü 36)

Im letzten Jahr hatten sich nur neun Staaten in der UN-Vollversammlung für die Wiederaufnahme Taiwans ausgesprochen. So ist die Taipeier Regierung mit dem diesjährigen Ergebnis nicht ganz unzufrieden, obwohl das Ziel nicht erreicht worden ist. Nach Art.4 und 18 der UN-Charta entscheidet die Vollversammlung über den beim Generalsekretär gestellten Antrag auf Mitgliedschaft mit einer Zweidrittelmehrheit aufgrund einer Empfehlung des Sicherheitsrats, die der Zustimmung von mindestens neun Ratsmitgliedern einschließlich der fünf Ständigen Mitglieder bedarf. Beijing, das 1971 durch den 2758. Beschluß der Vollversammlung Taipeis als Vertreter Chinas abgelöst hatte, sitzt als Ständiges Mitglied im Sicherheitsrat mit Vetorecht.

Zwar kann die Vollversammlung theoretisch einen Antrag auf Taiwans Rückkehr als einen Nicht-Neueintritt sowie als eine nicht "wichtige Frage" behandeln, benötigt aber bei einer Zustimmung nach Art. 18, Abs.3, die absolute Mehrheit bei der Abstimmung. Z.Zt. unterhält Taiwan nur mit 25 der 184 UN-Mitgliedstaaten volle diplomatische Beziehungen.

Die "Mobilmachung" der Regierung Taipeis für die Rückkehr in die UNO ist offensichtlich eher innen- als au-

Benpolitisch bedeutsam: im November finden die mit Spannung erwarteten Wahlen auf Kreisebene in Taiwan statt. Die größte Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party), die die Gründung eines neuen taiwanesischen Staates befürwortet, hat bereits in der Vergangenheit den Beitritt zur UNO zum Wahlkampfthema gemacht. Die Regierungspartei KMT (Kuomintang, Guomindang) will nun diesmal mit eigener Initiative zu diesem Thema der DPP den Wind aus den Segeln nehmen. Allerdings zielt sie dabei auf eine chinesische "Doppelrepräsentation" nach dem Modell Koreas oder Deutschlands vor der Einigung, während die DPP von der Einheit Chinas nichts wissen will.

Kurz nach dem obengenannten Antrag der sieben mittelamerikanischen Staaten für die Wiederaufnahme Taiwans in die UNO veröffentlichte Beijing Ende August ein Weißbuch, in dem es heißt: "Nach der Wiederherstellung der legitimen Rechte der Volksrepublik China in der UNO haben alle speziellen Organe und Organisationen des UNO-Systems die offizielle Resolution angenommen und damit den legitimen Sitz, den die Volksrepublik China genießt, wiederhergestellt und die 'Repräsentanten' der taiwanesischen Behörden vertrieben. Seitdem ist die Frage der Repräsentation Chinas in der UNO völlig gelöst, und die Frage eines Wiederbeitritts Taiwans existiert überhaupt nicht." Darauf antwortete Taipei am 16. September in einer Botschaft: "In Anbetracht der Tatsache, daß die Regierung der Republik China effektiv und unabhängig das Territorium von Taiwan, Penghu, Kinmen und Matsu verwaltet, muß sie, um die grundlegenden Rechte der 21 Millionen in diesem Gebiet lebenden Menschen zu schützen, nach einer gleichberechtigten Mitwirkung in der internationalen Gemeinschaft streben. Die chinesischen Kommunisten haben niemals ihre Regierungsmacht über das Gebiet Taiwans ausgedehnt, und darum sind sie nicht berechtigt, Taiwan in der internationalen Gemeinschaft zu vertreten. Darüber hinaus sind sie niemals für die Rechte der Menschen im Gebiet Taiwans eingetreten oder haben unsere Verpflichtungen in einer der internationalen Organisationen erfüllt." (Siehe die zwei Dokumente in offizieller deutscher Übersetzung in C.a., September 1993, S.942-950) -ni-

\*(40)

### Offenlegung der Vermögensverhältnisse führender Politiker

Am 9. und 18. Oktober hat der Kontroll Yuan das Vermögen von 170 Politikern offengelegt. (LHB, 10. und 19.10.93; ZYRB, 11. und 20.10.93; ZZ, 15. und 29.10.93; FCJ, 15. und 22.10.93; XXW, 17.-23.10.93) Wie berichtet (C.a., Juni 1993, Ü 34) wurde am 15. Juni d.J. vom Gesetzgebungs Yuan (Parlament) das sogenannte "Sonnenchein-Gesetz" verabschiedet; danach müssen über 23.000 Bedienstete in leitenden oder wichtigen Positionen einschließlich aller Abgeordneten bis hinunter auf die Kreisebene ihr eigenes Vermögen sowie das des Ehepartners und der minderjährigen Kinder angeben. Beim vorsätzlichen Verstoß gegen diese Regelung droht eine Geldstrafe von 60.000 bis 300.000 NT\$ (z.Zt. rd. 16 NT\$ = 1 DM). Falls jemand danach weiterhin der Aufforderung der zuständigen Stelle zur Offenlegung seines Vermögens ohne berechtigte Gründe nicht nachkommt, muß er mit einer Haftstrafe bis zu einem Jahr oder einer Geldstrafe von 100.000-500.000 NT\$ rechnen. Die Akten der Vermögensoffenlegung sind für jedermann zugänglich.

Nach den bislang bekanntgegebenen Listen gilt Ministerpräsident Lian Zhan (Lien Chan) als reichster Politiker in der Regierung. Das Vermögen von ihm und seiner Frau wurde auf 1,5-1,8 Mrd.NT\$ (umgerechnet ca. 1 Mrd.DM) geschätzt. Innenminister Wu Boxiong (Wu Poh-hsiung) sowie der Präsident des Gesetzgebungs Yuan Liu Songfan (Liu Sung-pan) haben jeweils ein Familienvermögen von über 500 Mio.NT\$. Auch Staatspräsident Li Denghui (Lee Teng-hui) verfügt mit seiner Frau zusammen über ein Vermögen von schätzungsweise mehr als 152 Mio.NT\$. Weiter zählen zu den reichen führenden Politikern der Regierungspartei KMT (Kuomintang) mit einem Vermögen von über 100 Mio. NT\$ der Präsident des Justiz Yuan Lin Yanggang (Lin Yang-kang), der Präsident des Prüfung Yuan Qiu Chuanghuan (Ch'iu Chuang-huan) und der Generalsekretär des Präsidialamts Jiang Yanshi (Tsiang Yiensi).

Nicht nur auf der Regierungs-, sondern auch auf der Oppositionsseite gibt es zahlreiche vermögende Politiker. So gehören z.B. Chen Maonan, Mitglied

der Nationalversammlung, mit einem Vermögen von 930 Mio.NT\$, You Xikun (Yu Shyi-kun), Kreisvorsteher von Yilan (Ilan), mit 202 Mio.NT\$, Wang Zhaochuan (Wang Chao-ch'uan), Mitglied der Nationalversammlung, mit 193 Mio.NT\$, Su Zhengchang (Su Chen-chang), Kreisvorsteher von Pingdong (Pingtung), mit 142 Mio.NT\$ und Qiu Lianhui (Ch'iu Lien-hui), Mitglied des Legislativ Yuan, mit 112 Mio.NT\$ zur größten Oppositionspartei DPP (Democratic Progressive Party). Ferner besitzt auch der "Einberufende" (Vorsitzende) der CNP (Chinese New Party) und Mitglied des Gesetzgebungs Yuan Zhao Shaokang (Jaw Shau-kong) ein beachtliches Vermögen von rd. 200 Mio.NT\$. -ni-

\*(41)

### Konjunktur stabilisiert

Taiwans Wirtschaft befindet sich auf dem Wege der Erholung. Einem amtlichen Bericht des Wirtschaftsrats CEPD (Council for Economic Planning and Development) vom 27. Oktober zufolge leuchtete das Konjunktur-signal nach fünf Monate lang andauerndem "gelbgrün" im September wieder "grün", was einen normalen Gang signalisiert. In Zahlen ausgedrückt ist der Indikator gegenüber dem Vormonat um einen Punkt auf 23 gestiegen, d.h. hat gerade die unterste Grenze der Zone mit dem grünen Signal erreicht. Zugleich kletterte der Frühindikator beim selben Vergleich um 0,3% auf 113,6 Punkte (wie im Juli), den höchsten Stand der jüngsten Erholungsphase. Nach einer Meinungsuntersuchung über die Konjunktur-entwicklung in den kommenden drei Monaten erwarten 62% der befragten Unternehmen eine unveränderte Situation, und jeweils 19% nehmen eine Verschlechterung bzw. Verbesserung an. (ZYRB, 29.10.93; LHB, 28.10.93; FCJ, 29.10.93)

Im September ist nach weiteren Angaben des CEPD das Umsatzvolumen der verarbeitenden Industrie gegenüber August um 1,8% gesunken, beim Jahresvergleich jedoch um 9,6% gestiegen; die Auftragseingänge lagen um 1,2% niedriger als im Vormonat, 9,3% höher als vor einem Jahr. Die Auslastungsquote der Produktionsanlagen betrug unverändert wie im August 77,8%, 2,2% mehr als vor einem Jahr; der Umsatzgewinn blieb mit 5,5%

beim Monatsvergleich ebenfalls unverändert, beim Jahresvergleich war er 0,2% geringer.

Günstig für die Konjunktorentwicklung zeigte sich auch die Preisveränderung. Die Jahresinflationsrate betrug im September nur 0,74%, die niedrigste eines Monats seit zwei Jahren. Der Rückgang der Inflation ist vor allem auf die Ermäßigung der Lebensmittelpreise zurückzuführen. Außerdem hat die Konsumeinschränkung infolge der Rezession und der mäßigen Lohnerhöhung dazu beigetragen. Vom Januar bis September hatten die Verbraucherpreise gegenüber dem Vorjahreszeitraum eine Steigerung von 2,94% zu verzeichnen. Für das ganze Jahr erwartet der CEPD eine Inflationsrate von unter 3,5%, die niedrigste seit fünf Jahren. (LHB, 6.10.93)

Aufwind für die Wirtschaftsentwicklung kommt auch von der Investitionsseite. Die Anlageinvestitionen beschleunigten sich wieder im letzten Jahr mit einer realen Zuwachsrate von 13,7% (1990: 7,67%, 1991: 8,17%); davon hatten die der privaten Wirtschaft sogar eine reale Zuwachsrate von 17,8% zu verzeichnen (-8,06%, 1,83%). (LHB, 11.10.93) -ni-

\*(42)

#### Exportexpansion verlangsamt

Trotz des Beginns der Exporthochsaison im September und trotz der Abwertung des Neuen Taiwan-Dollars in der letzten Zeit hatten Taiwans Exporte im selben Monat mit einem Wertvolumen von 6,51 Mrd.US\$ beim Jahresvergleich einen sehr niedrigen Zuwachs von nur 0,3% zu verzeichnen. Auf der anderen Seite sind die Monatsimporte mit 5,93 Mrd.US\$ um 4,8% gestiegen. Damit ist der Handelsüberschuß im Vergleich zum Vorjahresmonat um 30,5% auf 580 Mio. US\$ abgerutscht. Hauptursache hierfür ist die Verlangsamung der indirekten Exporte nach dem chinesischen Festland über Hongkong infolge Beijings strafferer Importpolitik seit Anfang Juli d.J. Obwohl die gesamten Exporte nach Hongkong im September mit 1,46 Mrd.US\$ noch um 18% höher als im Vorjahresmonat lagen, ist das Wachstumstempo im Vergleich zu den Monaten davor andauernd mit über 20% deutlich gebremst.

In den ersten drei Quartalen d.J. beliefen sich die globalen Exporte Taiwans kumulativ auf 63,3 Mrd.US\$ und die Importe auf 57,56 Mrd.US\$, d.h. 4,5% bzw. 8,1% mehr als vor einem Jahr. Der gesamte Exportüberschuß während der neun Monate lag mit 5,74 Mrd.US\$ um 1,62 Mrd.US\$ oder 22,1% niedriger als im Vorjahreszeitraum. Während die Bilanz im Handel mit Japan ein Defizit von 10,47 Mrd. US\$ (+12%) und mit Europa ein Defizit von 0,75 Mrd.US\$ (Überschuß von 1,14 Mrd.US\$ im Vorjahreszeitraum) aufwies, schrumpfte der Überschuß im Handel mit den USA gegenüber dem Vergleichszeitraum um 20% auf 5,08 Mrd.US\$. Hingegen ist der Handelsüberschuß gegenüber Hongkong beim selben Vergleich um 27% auf 12,37 Mrd.US\$ gestiegen, 2,16mal höher als der genannte Gesamthandelsüberschuß. (LHB, 6.10.93; ZYRB, 7.10.93; CP, 18.10.93; FCJ, 8.10.93)

Wie gesagt, von Taiwans Handel mit Hongkong entfällt ein großer Teil auf den indirekten Handel mit dem chinesischen Festland. Einem Bericht des Wirtschaftsministeriums in Taipei zufolge betrug der indirekte Handel zwischen beiden Seiten der Taiwan-Straße in den ersten acht Monaten d.J. 13,3 Mrd.US\$. Ferner haben taiwanische Unternehmen im selben Zeitraum 2,57 Mrd.US\$ auf dem Festland investiert. Nach einer Analyse der taiwanischen Chung Hwa Institution for Economic Research läßt jede taiwanische Investition von 100 Mio.US\$ auf dem chinesischen Festland die dortigen Exporte um 260 Mio.US\$ steigen und gleichzeitig büßen die Exporte Taiwans die gleiche Summe ein. (FCJ, 15.10.93) -ni-

---

## Hongkong

---

\*(43)

#### Regierungsbericht des Hongkonger Gouverneurs vor dem Legislativrat

Am 6. Oktober hielt Gouverneur Christopher Patten vor dem Hongkonger Legislativrat (Parlament) die jährliche Grundsatzrede zur politischen Arbeit seiner Regierung. Die britische Kolonie wird nach der sino-britischen Vereinbarung von 1984 in vier Jahren,

am 1. Juli 1997, an die VR China zurückgegeben werden. Schwerpunkte seiner Rede waren diesmal die Wirtschafts-, Sozial-, Bildungs- und Umweltschutzpolitik. Der Gouverneur vermerkte mit Stolz, daß Hongkong bereits in diesem Jahr - gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf der Bevölkerung - Australien und Großbritannien überholen können und 1994 auch Kanada überholen werde. Das Wirtschaftswachstum im laufenden Jahr dürfte real mindestens 5,5% betragen (im Vorjahr 4,99%). Um Hongkong als Handelszentrum langfristig auch nach 1997 aufrechtzuerhalten, wird die Regierung allein für den Ausbau des Straßennetzes 11 Mrd. HK\$ (rd. 7,8 HK\$ = 1 US\$) ausgeben. Im Rahmen der großen Infrastrukturprojekte für den neuen Airport und neue Containerhafenanlagen mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 127 Mrd.HK\$ hat die Regierung bereits 33 größere Aufträge im Wert von 45 Mrd.HK\$ erteilt.

Was die Sozialpolitik angeht, wird die Regierung bis 1997 für den Bau von sieben Altersheimen 800 Mio.HK\$, für den Ausbau, die Renovierung und Modernisierung von Krankenhäusern 845 Mio.HK\$ sowie für die Schulbildung von geistig behinderten Personen 20 Mio.HK\$ aufbringen. Der Wohnungsbau soll beschleunigt und der Verbraucherschutz verstärkt werden. Im Bildungswesen will die Regierung in den kommenden Jahren u.a. 613 Mio.HK\$ für die Modernisierung der bestehenden Schulgebäude und 300 Mio.HK\$ für die Verbesserung des Sprachunterrichts in chinesischer und englischer Sprache aufwenden. Zur Verbesserung der Umwelt wird ein Fonds von 50 Mio.HK\$ gegründet. Ferner werden die Bemühungen zur Bekämpfung von Korruption verstärkt. (DGB, 8.10.93; HB, 7.10.93)

Eigentlich hatte man mit großer Spannung auf eine Stellungnahme zu den festgefahrenen sino-britischen Verhandlungen über die Reform der Legislativratswahl 1995 gewartet, die der Gouverneur vor einem Jahr in seinem ersten Regierungsreport angekündigt hatte. Wie berichtet (C.a., April 1993, Ü 40, Juni 1993, Ü 37, Juli 1993, Ü 37, Sept. 1993, Ü 38), ist Pattens Plan für mehr Demokratie bei den letzten Wahlen in der britischen Kolonie vor der Wende 1997 auf starken Widerstand von Seiten Chinas gestoßen. In